

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Gesamt wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Mitternacht 8.00 Uhr frei ins Haus, ein hilfsließ der Belegschaft der "Frau und ihre Welt", "Der heitere Mittag", "Reise und Erholung", "Unterhaltungsklasse". Durch die Postkarten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenergab geleistet.



Teleg.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgipflige 8 mm hohe (Petit) Zeile über deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Anzeige. Postkarten kosten pro Zeile 10 Pf. Verbindlichkeiten für Brief, Datenvorrichtung und Belegleiterung ausgeschlossen. Annahmefrist für Anzeigen und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbelägen werden billiger berechnet. Zahlungen an Post-Bedienstete Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 10

Donnerstag, den 21. Januar 1932.

25. Jahrgang.

Weltkrise und Sozialpolitik

Rundfußvortrag des Reichsarbeitsministers Siegerwald. Reichsarbeitsminister Siegerwald sprach im Rundfußvortrag über die Rückwirkungen der Weltkrise auf die Sozialpolitik und führte dabei aus, dass die Krise des letzten Jahres sei nicht nur die deutsche, sondern die Sozialpolitik aller Staaten betroffen worden. Das Gelingen der Arbeitslosigkeit habe ein Land der Erde verschont. Über 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterstützungsleistungen, das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt der Welt nach 17 Jahren eines unbediebenen Europas biete. Das sei in beträchtlichem Maße die Folge davon, dass die europäischen Siegerstaaten ein Jahrzehnt lang in der Vorstellung lebten, sie könnten sich alle an Deutschland bereichern. Das sei die Folge, dass man Jahrzehnt nicht gesehen habe, dass, wenn Deutschland verarmt, die anderen nicht reich werden könnten, sondern selbst in den Verarmungsprozess hineingezogen würden.

Der Verarmungsprozess zeige sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Die Reichsregierung habe in der letzten Zeit Lohnentnahmen zulassen müssen, aber auch das sei eine bloß deutliche Erziehung, denn kein größeres Industrieland der Welt sei von Lohnkürzungen verschont geblieben. Dies gelte nicht zuletzt auch für das klassische Land der hohen Löhne, die Vereinigten Staaten von Amerika. In den Staaten wären die Steigerung in der industriellen Arbeitsleistung mit der Entwicklung der Löhne im letzten Jahrzehnt verglichen und dabei festgestellt worden, dass dort die Lohnsteigerung weit hinter der rasend gesteigerten Produktionsleistung zurückgeblieben sei. Während die industrielle Arbeitsleistung im letzten Jahrzehnt um rund 43,7 Prozent zugenommen hätte, mache die entsprechende Lohnsteigerung 15,8 Prozent aus.

England, wo die Verhältnisse ähnlich liegen wie bei uns in Deutschland, sei ebenfalls eine starke Aufwärtsentwicklung der Löhne zu beobachten. Etwa seit Mitte 1929 hätten sich unter dem Druck der Wirtschaftskrise die Löhne langsam gesenkt und hätten im Dezember vorigen Jahres im Durchschnitt 1 bis 2 Prozent unter dem Stand des Jahres 1929 gelegen. Auch in Italien seien interessante Beobachtungen festzustellen. Das Zentralkomitee des Korporationsministeriums hätte Ende Oktober keine Verhandlungen über die Lohnpolitik abgeschlossen. Hinsichtlich der Löhne in der Industrie sei festgestellt worden, dass diese – der Lohnbewegung in der ganzen Welt folgend – in Italien so weit gesenkt worden seien, dass eine weitere Reduktion weder möglich noch nötig erscheine. Zugegeben sei jedoch worden, dass besondere Fälle eintreten könnten, in denen Lohnherabsetzungen vorgenommen werden müssten.

Zum Schluss betonte Minister Siegerwald, ein einseitiger Sturm auf die Löhne und Gehälter sei nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen und sei daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden. Wir müssten von der Einsicht herunter, dass zwar Kartell und Zollschutz etwas Selbstverständliches seien, dass aber der Zollschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei.

Die Verlorenheit der Weltwirtschaft zeige sich nicht zuletzt auch auf sozialpolitischen Gebieten. Die Sozialpolitik würde in Deutschland in Zeiten der Not vielfach für sich allein gesehen, was aber falsch sei. Sie müsse vielmehr als Bestandteil der Gesamtpolitik und der Gesellschaftspolitik überhaupt gesehen werden. Wir hätten im großen gesehen zwischen den Möglichkeiten zu wählen, und zwar:

1. die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt in das präzisivwirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichen Schutz eingegliedert, oder
2. die Wirtschafts- und Gesellschaftsführung würde immer mehr dem Staat überantwortet, oder aber
3. es würde ein corporatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Arbeitnehmer herausgebracht, bei dem dem Staat eine ähnliche Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung obliege.

Der Einfluss in Staat und Wirtschaft und der Einfluss auf Staat und Wirtschaft könne den Arbeitnehmern nicht mehr vornehmen werden, und so könnte die Verantwortung gegenüber Staat und Wirtschaft herausgebildet werden.

Hände weg von der Reichsbahn!

Kundgebung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, die mehr als 70 000 Mitglieder zählt, schreibt in ihrem Organ zu den Reparationsverhandlungen u. a.:

"Wir wissen zur Stunde noch nicht, ob die Entschiedenfallen, welche die Bozeler Sachverständigenkonferenz als notwendig bezeichnet hat. Aber eines wissen wir sehr gut, und das ist die Tatsache, dass man sich in Zukunft zum vierten Male mit der künftigen Stellung, voraussichtlich mit dem endgültigen Schiedsfall der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigen wird. Frankreich und England, die sich jetzt dann, wenn sie uneinig wären, auf Kosten des deutschen Volkes wieder zusammenfinden, haben den Ball aufgegriffen, der Ihnen von Babel aus zugeschlagen wurde."

Amerika an Frankreich

Europa hat den Vortritt. – Erst Tribut-, dann Schuldenrevision

Berlin, 21. Januar 1932.
Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten hat seinen Botschafter in Paris, Edge, ermächtigt, dem französischen Ministerpräsidenten Laval mitzutun, dass die Vereinigten Staaten augenblicklich eine Stellungnahme zu der Frage einer Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden Schuldenmoratoriums ablehnen. Die Initiative müsse von den europäischen Regierungen ausgehen, die unter sich eine Einigung erzielen und dann wieder an Amerika herantreten sollten.

Ergänzend dazu berichtet die Nachrichtenagentur Havas, wenn man in amtlichen amerikanischen Kreisen weiteren amerikanischen Zugeständnissen auch nicht direkt die Tür verschließen wolle, so sei man doch der Auffassung, dass die europäischen Staaten ganz ohne Rücksicht auf Amerika diejenigen Maßnahmen ergreifen müssten, die zur Wiederherstellung des Vertrauens geeignet seien, bevor ein Antrag auf Verlängerung des Hoover-Jahres auch nur die geringsten Ausflüsse habe, vom Kongress angenommen zu werden.

In der Schuldenfrage herrsche die Auffassung, dass die meisten der Schuldenstaaten Amerikas, und Frankreich an der Spitze, sehr wohl in der Lage seien, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wenn sie ihre Rüstungsausgaben einschränken.

Nach dem "Figaro" soll die amerikanische Antwort im einzelnen hervorheben: 1. eine Verbindung zwischen den Tribut- und den Reparationen könne amerikanischerseits nicht anerkannt werden, 2. der erste Schritt zur Lösung der Reparationsfrage sei den europäischen Regierungen vorbehalten, 3. ein Antrag auf einen neuen Zahlungsaufschub habe keine Aussichten im Kongress, 4. die Bildung einer Einheitsfront der Schuldenstaaten würde in Washington Mißfahnen erregen, 5. eine Revision der abgeschlossenen Schuldenverträge könne nur von Fall zu Fall erfolgen, 6. die Bezahlung der Schulden sei Europa möglich, wenn es den Verträgen wiederherstellt und die Rüstungen herabsetzt.

Handelskammer für Endregelung

Auch der Zahlungsaufschub der Internationalen Handelskammer beschäftigte sich anlässlich einer Tagung in Paris

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft soll verpfändet und damit das einzige noch greifbare Vermögen des deutschen Volkes verschoben werden. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist ein isoliertes und für die Zukunft reparationsfähiges Unternehmen! So lautet das Lösungswort derjenigen Staaten, die heute noch Macht und Kraft genug zu bestehen glauben, die Gesellschaft Europas zu diktieren und damit die Rechte des Verfaßter Vertrages auf Zeit und Ewigkeit zu verantern. Das soll das Ergebnis der Arbeit, der Aufopferung und der Pflichterfüllung des deutschen Eisenbahnerpersonals im letzten Jahrzehnt sein.

Wir wollen die Lage der Reichsbahn-Gesellschaft nicht schlechter machen als sie ist. Wir sind stolz darauf, daran mitgearbeitet zu haben, dass der gute Ruf des größten deutschen Unternehmens erhalten blieb. Wenn das aber gelingen könnte, dann ist das der zweitmöglichen Leitung, dann aber auch der vollen Hingabe des Personals sowohl hinsichtlich der dienstlichen wie auch der vaterländischen Pflichten zu verbinden.

Die gegenwärtige Lage der Reichsbahnbeamten, -angestellten und -arbeiter, ihre dienstliche Inanspruchnahme, ihr Verzicht auf viele kulturelle Güter, die sowohl den französischen als auch den englischen Eisenbahnen bewahrt blieben, sind die Ursachen dafür, dass die Reichsbahn lebensfähig blieb. Die Entbehrungen des vergangenen Jahrzehnts können aber für das Personal niemals bestehen bleiben und sind nur um deswillen ertragbar worden, weil die übermäßig hohen Belastungen durch die Reparationen einmal, und zwar jetzt, ein Ende haben müssen.

Angesichts der Absicht, die heutigen Anforderungen an das deutsche Reichsbahnpersonal zu vereinen, erheben wir mit allen Eisenbahnergewerkschaften gemeinsam den Protest gegen eine weitere Vergewaltigung und richten an die deutsche Reichsregierung die dringende Bitte, festzuleben, den Kampf des um seine Existenz ringenden Eisenbahnerpersonals zu unterstützen. Die Reichsbahn gehört dem deutschen Volke, darum Hände weg von einem Unternehmen, für dessen Erhaltung 2 Millionen Deutsche ihr Dentes hingegessen haben!

mit der Reparationsfrage und bestätigte dabei einen Beschluss seines Unterausschusses folgenden Inhalts:

Der Ausschuss für internationale Zahlungsausgleich der Internationalen Handelskammer wiederholte und betonte die bereits vor drei Monaten vom Verwaltungsrat ausgeprochene Ansicht, die durch die bisher eingetretene Ereignisse nur bestärkt worden ist, dass sich nämlich die Regierungen, um eine internationale Zusammenarbeit wirklich in die Tat umzuführen, bemühen müssen, folgendes zu erreichen:

a) eine effektive Politik der Abrüstung in einer Atmosphäre des Friedens, b) die Sicherung eines strengen Gleichgewichts der verschiedenen Staatshaushalte unter Ausschluss aller nicht notwendigen Ausgaben, um eine Herabsetzung der Steuerlasten auf den denkbar niedrigsten Stand herbeizuführen, c) eine endgültige Regelung der zwischenstaatlichen Schulden, d) eine Wiederherstellung der Währungsstabilität und der normalen Funktion der internationalen Kreditgewährung, e) die Befolgung einer Wirtschaftspolitik, die unserer Verpflichtung der gegenwärtigen Erfordernisse eines jeden Landes leichten Endes zu einer freieren internationalen Bewegung der Menschen und zu einem freieren Austausch der Ware, Kapital und Dienstleistungen führt."

Laval's Echo.

Die Programmklärung des zweiten Kabinetts Laval findet in der französischen Rechtspresse weitgehend Zustimmung. "Matin" unterstreicht dabei, aus der Kammereklärung habe sich klar ergeben, dass Frankreich, wenn es von Deutschland nicht bezahlt werde, auch seine Schulden an Amerika nicht bezahlen werde. Aber mehr noch fast als mit Laval beschäftigen sich die rechtsstehenden französischen Zeitungen mit der Aufforderung des Führers der Sozialisten, Leon Blum, die Frage, ob Deutschland den Wiederaufbau Nordfrankreichs bezahlt habe, einem Schiedsgericht zu unterliegen, wobei dieser Aufforderung schärfster Widerstand entgegengesetzt wird. In der Linkspresse dagegen findet man u. a. Feststellungen wie die, Frankreich verfolge eine Politik ohne Horizont und ohne Weltlichkeit.

Vorschläge zur Geldreform.

Gesetzesvorschlag Wagemanns. – Allgemeine Ablehnung.

Professor Wagemann, der Präsident des Statistischen Reichsamts und Leiter des Instituts für Konjunkturforschung hat in Zusammenarbeit mit einem Kreis von Währungs-, Kredit- und Bankenfachverbindungen einen Reformplan ausgearbeitet, der sich unter Anpassung an die Verhältnisse der deutschen Wirtschaft zum großen Teil auf die fortwährenden Geld- und Kreditsysteme Englands und der Vereinigten Staaten stützt.

Die Vorschläge dieses Projektes erfordern von seiner Durchführung die Bündelung der kurzfristigen öffentlichen Schulden, die Auflösung eingeretteter Kredite, eine größere Überleitung über den Zahlungsbereich und Gegenwirkungen gegen die Deflation. In Bankkreisen ist die Beurteilung der von Geheimrat Wagemann gemachten Vorschläge ablehnend, das gleiche gilt für wichtige Exponenten der Industrie. In Kreisen, die der Regierung nahestehen, betrachtet man das Gutachten Wagemanns als eine private Arbeit, die gegenwärtig offiziell nirgends zur Diskussion steht.

Paul-Boncour Ratsvorsitzender.

– Genf, 21. Januar.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, dass Senator Paul-Boncour als Vertreter der französischen Regierung den Vortrag auf dem am 25. Januar beginnenden Tagung des Börsenverbundes übernehmen wird.

Bulgarien erklärt seine Zahlungsunfähigkeit.

Bulgariens Ministerpräsident Mutschikoff erlässt dem Finanzausschuss des Börsenverbundes einen Bericht und erklärt, Bulgarien könne in Zukunft die durch Tributabgaben und den Zinsservice auswärtiger Anleihen entstehenden Devisenabgänge nicht mehr tragen.

Deutschland lehnt ab.

Unveränderte Verlängerung des Tributmonats um wegen der Unhöflichkeit gefundener Schulden eine Unmöglichkeit.

Berlin, 21. Januar.

Wie verlautet, wird die Reichsregierung einer unveränderten Verlängerung des Tributmonats um, wie sie von Frankreich erworben worden ist, um die Lausanner Konferenz „überfällig“ zu machen, nicht zustimmen.

Bei dem jetzigen System der Schuldenstundung muss Deutschland nämlich auf dem Wege über die Reichsbahn genüge Zahlungen leisten, die lediglich in Form eines Kredits der deutschen Wirtschaft wieder zurückgegeben werden. Dieses System, das zur Anhöflichkeit gefundener Schuldenverträge führt, führt zu einer Abschöpfung der Schuldenverpflichtungen, will man von deutscher Seite aus nicht mehr mitmachen. Die Schuldenstundung müsste deshalb grundlegende Änderungen erfordern, die Deutschland über einen solchen Plan auch nur diskutieren könnte.

Was die Programmserklärung der neuen französischen Regierung betrifft, weiß man in Berlin darauf hin, dass alle die Maßnahmen, die sonst aufgezählt hat und die angesichts der Sicherung des Friedens gedenkt haben, offensichtlich nur den Zweck gehabt haben, den Status quo, also die bestehenden Machtverhältnisse, zu sichern.

Derzeit ist man deutlicherweise dagegen, auf die Unregungen einzugehen, die Leon Blum in den französischen Kammer gewählt hat und die darauf abstellen, ein internationales Schiedsgericht darüber entscheiden zu lassen, welche Höhe die bis jetzt geleisteten deutschen Zahlungen für die französischen Wiederaufbau nun wirklich erreicht haben.

Englischer Fähler.

Reichskanzler Brüning lehnt ab.

Der englische Botschafter in Berlin, Sir Rumbold, hat im Auftrage seiner Regierung mit dem Reichskanzler Dr. Brüning Fassung genommen, um festzustellen, ob Deutschland mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr einverstanden ist. Wie verlautet, hat Reichskanzler Dr. Brüning die Frage des Botschafters verneinend beantwortet. Gleichzeitig dachte der Kanzler darauf hingewiesen haben, dass uns immerhin noch fünf Monate vom Ablauf des Hoover-Moratoriums trennen und diese Zeit ausreichend sein müsse, um eine Lösung zu finden.

Weizsäcker Führer der Ratsdelegation.

Berlin, 21. Januar.

Die deutsche Abordnung für die am Montag beginnende Tagung des Völkerbundsrates steht unter Führung von General Weizsäcker. Die Abordnung gehörte ferner an: der Völkerbundsrat des Auswärtigen Amtes, Geheimrat von Kappabövener, des Wirtschaftsfragen Ministerialdirektor Voß und Gelandtschaffrat Ulrich, für Offizierfragen Ministerialdirektor Meyer und Geheimrat Nibel, für die Mandatsherausfrage Geheimrat von Schön, für Minderheitenfragen Begegnungsrat Röddiger und für Saarfragen Voigt.

Kampf um den Brotpreis.

Schrift des Germania-Verbandes beim Preiskommissar.

In einem Brief an den Preiskommissar erklärt der Germania-Verband der Bäcker, seit der letzten Preisverordnung ließen die Brotpreise fast im ganzen Reich um rund zwei Mark gestiegen. Diese Steigerung müsse sich auf den Brotpreis auswirken, da die Brotverfassung somit gesenkt worden sei, doch sie keine Bewegungsfreiheit zulasse.

Der Preiskommissar für Preisüberwachung hat Preissätze für Drogenmittel im Kleinstandel ausarbeiten lassen, die in allen Geschäften sichtbar ausgehängt werden müssen. Die Verordnung tritt am 1. Februar in Kraft.

Beim Verkauf von Markenartikeln ist in letzter Zeit mehrfach der alte Preis verlangt worden mit der Be-

Karl der Große
ROMAN VON WOLFGANG MARKEN
VERHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA

(14. Fortsetzung.)

„Sie übertrieben, Mutter Schrippel. Ich frohe auch mit Wollen.“
„Das wohl! Aber . . . Sie schaffen den Betrieb wieder hoch! Sie hätten heute den Steinische leben sollen, wie der wütend rumgezöglichen ist! Wölle hat ihm verboten, den Betrieb zu gehen. Und heute sind doch eine Menge Bestellungen gekommen, wie mir mein Mann sagte! Schripppe ist ganz glücklich! Hatte Ihnen nicht der Junior gefündigt?“
„Stimmt! Aber Herr Wölle hat ihm Befehl gegeben! Wissen Sie, die alte ehrenhafte Wölle, der sein Leben lang gelebt hat, nur darum, dass ihm jetzt seine Angehörigen das Verdiente verpraßen . . . er tut mir ehrlich leid! Der Mann ist mir vom ersten Augenblick sympathisch gewesen für ihn! Ich sagte: Bis jetzt habe ich außer Wölle noch keinen Wölle und die Jüngste kennengelernt! Bin wirklich gespannt auf die anderen.“

Frau Schripppe seufzte, als wollte sie sagen: „Du wirst dich wundern!“

„Die andern! Du lieber Himmel! Die Jüngste, die Ehefrau . . . sie war ein sehr hübsches Mädchen und ist auch jetzt mit ihren lebendigsten Zähnen noch nicht über! Ist sie über beide Ohren verschossen in ihren Mann! Sie wissen doch, dass er Boxer ist! Und die Dina . . . der geht's nicht anders! Mich wundert es nur, dass die beiden hübschen Mädels, die im Grunde ihres Herzens lieber gute Kerle sind, an 'solche' Tagediebe gekommen sind. Das hat der brave Wölle nicht verdrängt.“

„Es klappte.“
„Herrin!“

Die Tür ging auf und der Chauffeur trat mit einem vergrüßten Schnürringen ein.

„Tag, Herr Große!“

„Tag, Herr Josef! Was treibt Sie so spät noch zu mir?“

„Dienst, Herr Große. Wlich schickt Wölle. Sie sollt' zum Alten kommen.“

„Nach seiner Villa raus?“

„Da der Wagen steht unten.“

Das sah Große gar nicht. Er zog ein sehr ärgerliches

Geiste, das man ihn aus der Ruhe riss.

„Was ist denn bei Herrn Wölle los?“

Erstens, dass es sich noch um alte Waren handele. Der

Reichskommissar teilt hierzu mit, dass ein solches Verfahren

unzulässig ist.

In der Aussprache wandten sich die

Schulds (Kommt.), Borch (Dnatl.) und De

(DVB.) schärfstens gegen den Antrag. Wog. 25

(Sag.) verteidigte die Vorschläge.

Nächste Sitzung: Donnerstag: Anträge zur pr

Verordnung.

Sumulte in Shanghai.

Zwei chinesische Polizeioffiziere und ein Japaner

— Shanghai, 21. Januar.

Im Verlaufe einer japanischen Demonstration

in Shanghai zu schweren Sumulten. Die Japaner

der Straßenbahnen mit Steinen, zertrümmerte

die von Schaufelstern und legten drei Fabrikhallen in

in verschiedenen Stellen an, so zu Feuerwerken.

Später drang die Menge gegen die internationalen

Verhandlungen vor. Auf beiden Seiten wurde schwer

geworfen. Eine große Anzahl von Personen wurde schwer

darunter ein englischer Polizeioffizier.

Die Behörden der internationalen Niederlassungen

billigten sofort sämtliche Polizeikräfte. Die im Hafen

gelandeten japanischen Kriegsschiffe wurden in Shanghai

gefeiert. Der Oberbefehlshaber des japanischen

Heeres hat nach Tokio um Verstärkungen telegraphiert.

Um 11 Uhr verbarrikadiert worden.

Verfahren gegen Eb. Zentralbank.

— Berlin, 21. Januar.

Die Evangelische Zentralbank in Berlin, ein Unter-

men, das bei der letzten Bilanz eine Bilanzsumme von

9 Millionen Reichsmark ausweisen konnte, ist in Schwierigkeiten geraten.

Die Staatsanwaltschaft hat Amts wegen ein Ermittlungsverfahren gegen den

Verwaltungsführer Paul Rund und dessen Bruder, den

ingenieur Rund, eingeleitet und die Beschlagnahme

Bücher veranlasst.

Senkung der Bierpreise.

Um 2 RM. je Hektoliter Bier.

Berlin, 20. Januar.

Die Verhandlungen des Reichskommissars für Brau-

erei am 19. 1. 32 führten zu folgendem Ergebnis:

Der Deutsche Brauverbund nimmt von der Erklärung

Reichskommissars für Preisüberwachung Kenntnis, dass

die Senkung des Bierpreises um 2 RM. je Hektoliter Bier

spätestens ab 1. 2. 32 eingetragen muß. Der Deutsche Brau-

verbund nimmt davon Kenntnis, dass gleichzeitig

eine entsprechende Senkung des Schankzuhens der

wirkt eingetragen muss.

Diese Regelung soll für das ganze Reichsgebiet gel-

ten mit der Maßgabe, dass für diejenigen Gebiete, für die Preis-

überwachung besteht, noch besondere Verhandlungen vor-

halten bleiben.

Gefängnisanträge in Lübeck.

Wegen sahnlässiger Tötung.

— Lübeck, 20. Januar.

Im Prozess wegen des Lübecker Säuglingsstrens

antrug der Oberstaatsanwalt gegen Professor Dr. De-

und Oberarzt Dr. Alstaedt wegen sahnlässiger Tötung

sahnlässiger Körperverletzung je drei Jahre Gefängnis

gegen Professor Kloß wegen derselben Vergehen ein.

Die Staatsanwaltschaft Freiprechung.

Die Frau verhandelte mit dem Baron vom Gesicht ab.

Sie glaubten nicht, dass es so ist, Herr Baron? fragte sie.

Ludolf von Hochgesang entgegnete lachend: „Bemerk-

lichst! Die Großmutter dürfte eine hübsche junge Dame sein.“

Da trat aber Wölle ein.

„Ausgeschlossen, Herr Baron. Herr Große macht kein

Alten nicht.“

„Wetten, Herr Wölle, dass sich die Großmutter als

hübsches oder wenigstens ein junges Mädchen entpuppt.“

Wölle schlug auf den Tisch.

„Angenommen! Wette ich mit! Um fünfhundert Mark.“

„Wette ich, dass es kein junges Mädel ist.“

„Die Wette gilt!“ lagte der Baron.

„Sie bestätigen Sie mit Handschlag.“

Darauf erhob sich Wölle. „Ich werde jetzt zu Herrn Gro-

ßen fahren. Ich möge nicht, Herr Baron. Wölle ist 'n Ehemann.“

„Das wissen wir alle, Herr Wölle.“ lagte der Baron.

„Doch, jetzt fahren Sie mich schleunigst zu Herrn Gro-

ße. Ich bin in einer halben Stunde wieder da.“

Der Nachtwächter staunte nicht schlecht, als Wölle am

späten Abend über den Hof der Fabrik ging und in das

Uergebäude trat.

Als Wölle die Stufen schauend erklimmen hatte, horchte

er auf denn er hörte eine wohlaufende Männerstimme zu

Gaute finnen.“

Das konnte nur Große sein.

Er blieb stehen und lauschte.

„Ich kam als Bursch gezogen.“

„Zum Rhein, zum Rhein.“

Beim Wirt zum Rolandsbogen.

„Da lebt ich ein.“

„Ich trank mit seiner Bate.“

„Auf Du und Du.“

„Der Mond mit roter Nase.“

„Sah zu! Sah zu!“

(Fortsetzung folgt.)

Drei Bergleute verschüttet.

Streckenbruch in Oberleitungen.

Kattowitz, 21. Januar.

Auf der Max-Grube in Michałkowice (Oberleitungen) wurden durch einen Streckenzusammenbruch drei Bergleute verschüttet. Nach mehrstündigen Rettungsarbeiten konnten zwei Bergleute mit schweren Verletzungen lebend geborgen werden. Der dritte Bergmann war bereits tot.

Der Damm an die Ritter von Karslén-Zentrum.

Der Landeshauptmann von Oberleitungen hat den Rettungsmannschaften, die sich auf Karslén-Zentrum für die Rettung ihrer verschütteten Kameraden eingesetzt haben, einen Betrag von 3300 RM zur Verfügung gestellt, der mit einem Schreiben des Landeshauptmanns an die beteiligten Bergleute zur Verteilung gelangen soll.

Wieder ein Bergmann geborgen.

Den fortgesetzten Anstrengungen der Rettungsmannschaften gelang es, auf der Grube Karslén-Zentrum einen weiteren Bergmann, den Hauer Max Reich aus Karslén, zu bergen. Die Suche nach den noch fehlenden vier Bergleuten wird fortgesetzt.

Natriummetall explodiert.

Die Verdüsterung einer Ortschaft auf der Insel.

— Oslo, 21. Januar.

Über Norwegen brauste ein schwerer Sturm dahin. Die Drahtverbindungen und die Lichtleitungen sind vielfach zerstört. Ein Teil des Hülls führt Hochwasser, das sich besonders bei Bodheim auswirkt, da es in eine elektrische Fabrik eindrang und die Kellerräume unter Wasser setzte.

In den Kellern lagernden 62 000 Kilogramm Natriummetall explodierten. Der Fluss riss die brennenden Natriummetall mit sich und spülte sie durch den ganzen Ort, wodurch andere Häuser ebenfalls in Brand gerieten und die Gasentzündung so stark wurde, dass die gesamte Verdüsterung in die Berge rückten musste, um nicht zu erfassen. Eine Holzwand und eine Tonnenfabrik sind ebenfalls in Brand geraten. Der Schaden ist nicht abzuschätzen. Kommt Wasser mit Natriummetall in Berührung, so bildet sich unter Zersetzung des Wassers (H_2O) in H und OH^-

das Natrium oder Natriumhydroxyd und Wasserstoff, der sich explosionsartig entzündet.

An der ganzen Nordküste Norwegens herrscht ein orkanartiger Sturm, durch den große Verheerungen angerichtet wurden. So stürzte der 5000 Tonnen große leitfähige Dampfer „Görgenar“, der von Hammarland nach Drontheim geschleppt werden sollte. Er wurde vor Helgoland an Land gerrieben, wobei zwei Mann der Besatzung ertranken. Südwestlich von Kolsås ist der deutsche Fischdampfer „Offenbach“ aus Eghaven

im Sturm gestrandet.

Die Drosselstation, die von der Belagerung des Fischdampfers durch ein Notfeuer von dem Umgang verständigt worden war, schickte ein Boot. Unterwegs riss das Rettungsboot auf ein treibendes Boot der „Offenbach“, in dem sich ein Mann befand. Außerdem konnten noch 12 Mann der Besatzung des Fischdampfers gerettet werden. Ein Matrose wird vermisst. Später konnte der Fischdampfer eingeholt werden. In der Küste von Nordnorwegen sind vom Sturm mehrere Häuser eingerissen worden.

Handelsteil.

Berlin, den 20. Januar 1932.

Am Produktionsmarkt war Welen heute infolge der geringeren Nachfrage abgeschröpft. Wogen lag steif. Dafür blieb wenig gefragt, das gleichen Gerste, die durch das Ausbleiben von Kaufaufträgen sehr ruhiges Geschäft hatte. Auch am Wehlmarkt herrschte grohe Stille.

Devisenmarkt.

Dollar: 4,209 (Geld), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 14,44—14,48, holl. Gulden: 169,53—169,87, Belg. (Belgien): 58,64—58,76, ital. Lira: 21,05—21,12, dän. Krone: 79,72—79,89, norw. Krone: 78,52—78,68, franz. Franken: 16,57—16,61, österr. Krone: 12,465—12,485, schwed. Krone: 82,12—82,28, span. Peseta: 35,66—35,74, schwed. Krone: 81,02—81,18, österr. Schilling: 49,95—50,05.

Warenmarkt.

Mittagsbörsie. (Amtlich) Getreide und Dölfaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 227—229 (am 19. 1.: 227—229). Roggen Märk. 197—199 (197—199). Braunerger 158—168 (160 bis 170). Futter- und Industriegeier 153—158 (155—160). Hafer Märk. 136—144 (136—144). Weizenmehl 27,50 bis 31,25 (27,50—31,25). Roggenmehl 27—29,25 (27—29,25). Weizenkle 9,00—10 (9,00—10). Roggenkle 9,60—10 (9,60—10). Wiltztauerchen 21—27,50 (21—27,50). Kleine Speiseflocken 15—17 (15—17). Weizenflocken 16—18 (16—18). Rübenbohnen 14—16 (14—16).

Widen 16—19 (16—19). Lutinien bis 22,50—28 (22,50—28). Leinluchen 11,70—12,50 (12,50). Erdnussflocken 50 Prozent ab Samen 12,50 (12,50). Erdnussmehl 6,50—6,80 (6,50—6,80). Kartoffelnschalen 10,60—11,70 (10,60—11,80). Kartoffelnschalen 12,20—12,30 (12,20—12,30).

Großhandelskreis für inländische Gewürze.

Amtlicher Marktbericht der Städtischen Gewerbe für Berlin. Direktion Berlin. Lebende Fische für 50 Pfund: 10—12, Krabben: 2,50—4,50; Wirsingfisch: 2,50—4; Moltenfisch: 7—12; Gründel: 2,50—4; Kohlrüben: 2—3; Rote Mäuse: 2,50—4; Mohrrüben: 2—3; Rote Bete: 1—2; Grüne Bete: 1—2; Blattkohl: 1—2; Rüben: 1—2; Dresden: 30—35; Haberberi: Dresden: 15—25; Chemnitz: Dresden: 100—150; Meerschweinchen: Dresden: 9—10; Wels: 10—12; Petersilien: 10—12; Apfel: Dresden: 4—6; Kartoffel: Dresden: 10—12; Salat: Dresden: 5—10; Dresdener 7—8; Weidliche: Schaf: Dresden: 4—6; 6—10; Voree: Schaf: nach Größe 100—120; Rind: 100 Rund je nach Größe 5—10 Mark.

Groß-Großhandelskreis.

Amtlicher Marktbericht des Städtischen Gewerbe für Berlin. Direktion Berlin. Lebende Fische für 50 Pfund: 10—12, Krabben: 2,50—4,50; Wirsingfisch: 2,50—4; Moltenfisch: 7—12; Gründel: 2,50—4; Kohlrüben: 2—3; Rote Mäuse: 2,50—4; Mohrrüben: 2—3; Rote Bete: 1—2; Blattkohl: 1—2; Rüben: 1—2; Dresden: 30—35; Haberberi: Dresden: 15—25; Chemnitz: Dresden: 100—150; Meerschweinchen: Dresden: 9—10; Wels: 10—12; Petersilien: 10—12; Apfel: Dresden: 4—6; Kartoffel: Dresden: 10—12; Salat: Dresden: 5—10; Dresdener 7—8; Weidliche: Schaf: Dresden: 4—6; 6—10; Voree: Schaf: nach Größe 100—120; Rind: 100 Rund je nach Größe 5—10 Mark.

Schlachtwichmärkte.

Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Meissner.

— Dresden, 20. Januar: Schaf (45): 1,29—24—25; 3, 18—20, 4, 10—14; Büffel (487): 1,29—21—23; 3, 16—18; Kühe (715): 1, 25—26, 2, 18—23; 4, 6—10; Füllen (Mädelkäfer): 1, 28—29; bis 22; 3, 14—15; Rinder (1037): 1, 28—29; 28—30, 4, 20—25; Schafe (344): 1, 36, 2, 25—26; 16—21; Schweine (3401): 1, —, 2, 40—42, 23—27; 37—38; Sauer 35—. Marktverlauf: Schweine fälsch. langsam.

— Peier (Ostpreußen), 20. Januar: Rindfleisch und Viehmarkt: 380 Stück Großvieh, 62 Stück

frischmellende Kühe: 1, 425—475, 2, 330—350, 3, 275, hoch und niederrangende Minder: 1, 300—320—330, 4, 200—220, jähriges Büffel: 200—300, 3, 230—280, 3, 160—200, jähriges Büffel: 200—300, 3, 230—280, 3, 160—200, jähriges Büffel: 200—300, 3, 230—280, 3, 160—200, jähriges Büffel: 1, 250—350, 2, 200—300, 3, 100—120, Küstfälber 100—150, Küstfälber bis zu zwei Wochen eingeholt, 100—120, Küstfälber 100—150, Küstfälber bis zu zwei Wochen eingeholt, 100—120, Büffel 4—7, Läuferschweine 12—15, Marktverlauf: Großvieh langsam, Kleinvieh mittel.

Deutscher Abend.

Am Sonnabend, den 23. Januar 1932 abends 8 Uhr im „Grünen Baum“

Konzert

der S. S. Kapelle und des Spielmannszuges aus Kassel.

Ansprachen — Aufführungen — Lebende Bilder — Geschlossene Veranstaltung! — Eintritt 0,75 RM.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Spangenberg.

Das alte gute

Rüboel

off.
H. Mohr.

Freitag, den 26. ds. Mts. nachmittags 2 Uhr findet in der

Gastwirtschaft Meurer in Schnellrode ein

Brennholz-Termin

statt. Es kommen aus den Distrikten 1, 4 und 15.

Buchen- Scheit
II. Knüppel
öffentliche meistbietend zum Verkauf.

Privatwaldung Schnellrode
Eilenbach.

Bürgersteuer 1932.

Die Arbeitgeber bezw. die zahlenden Kassen werden hiermit an die Einbehaltung und Aufführung der am 10. d. Mts. fällig gewesenen 1. Rate Bürgersteuer für 1932 erinnert.

Spangenberg, den 20. Januar 1932.

Die Stadtclasse.

Die Eichliste

enthaltend die Namen der hierfür eichungspflichtigen Betriebe (Gewerbebetriebe, Landwirte u. a.) liegt vom 1. J. 1931 ab 2 Wochen lang aus dem Rathaus (Simmers Nr. 8) zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Einträge gegen die Eintragungen können während dieser Zeit selbst erhoben werden.

Spangenberg, den 20. Januar 1932.

Der Bürgermeister, als Ortspolizeibehörde.

SPANGENBERGER LICHTSPIELE

Sonntag, den 24. Januar
Montag, den 25. Januar

abends pünktlich 8,15 Uhr



Das Flötenkonzert
von Sanssouci
— in 9 Akten —

Als Beiprogramm läuft:
Sie werden gleich rasiert!
in 2 Akten.
Die Sturmfahrt ums Kap Hoorn.
Lehrfilm

— Jugendliche haben Zutritt —

Chorverein „Liedertänzer“

Donnerstag abends 1/2, 9 Uhr

Gesangsstunde

Der Vorstand

Freiwillige Sanitätskolonne

Freitag Abend 1/2, 9 Uhr

Versammlung

Ra steller

Das Kommando.



Gesangverein

„Liedertafel“

Freitag Abend

pünktlich 1/2, 9 Uhr

I. u. 2. Büh

Gesangsstunde

im Kaiserteller

Montag Abend 1/2, 9 Uhr

Jahreshaupt-

Versammlung

Der Vorstand.

Inseriert.